

„Corona-Proteste“ und der Einfluss von Extremisten

Stefan Goertz

Die „Corona-Proteste“ waren zu Beginn des Jahres 2020 nach Einschätzung der deutschen Sicherheitsbehörden von einem sehr heterogenen Teilnehmerfeld geprägt und die „Mitte der Bevölkerung“ soll die Mehrheit ausgemacht haben. Im Verlauf des Jahres 2020 wiederum beobachteten die deutschen Verfassungsschutzbehörden eine deutliche Einflussnahme von Rechtsextremisten, „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ sowie Verschwörungstheoretikern auf die „Corona-Proteste“. Diese Akteure und ihre Einflussnahme werden hier beleuchtet, darunter auch die „Querdenken 711“-Bewegung und deren Analyse durch die Verfassungsschutzbehörden.

„Corona-Proteste“ und ihre Akteure

In Bezug auf „Corona-Proteste“, Corona-Kleinkundgebungen, „Corona-Spaziergänge“ sowie Versammlungen stellte das Bundesamt für Verfassungsschutz im August 2020 fest, dass das Teilnehmerfeld bis dahin „äußerst heterogen, in seinem Kern jedoch demokratisch“ war.¹ Allerdings beobachteten die deutschen Verfassungsschutzbehörden im Sommer 2020, dass ab dem Frühjahr 2020 „mehrere rechtsextremistische Protagonisten“ dazu aufgerufen hatten, „sich an den Demonstrationen gegen die Beschränkungsmaßnahmen organisati- onsübergreifend zu beteiligen und bei Kundgebungen außerhalb des rechts- extremistischen Spektrums Präsenz in der Öffentlichkeit zu zeigen“.²

Die Bundesregierung führte in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag im Juli 2020 aus, dass die Corona-Kundgebungen, „Spaziergän-

ge“ und Versammlungen im Zusammen- hang mit der Corona-Pandemie in der großen Mehrzahl von nicht extre- mistischen Akteuren organisiert und frequentiert würden. Die Heterogenität des Protestmilieus zeige sich ins- besondere bei den „Hygiene-Demos“, die zunächst in Berlin initiiert wurden und später auch Wiederhall in anderen größeren Städten erfahren haben. Sie zögen diffus regierungskritisch moti- vierte Teilnehmer aus verschiedenen politischen Lagern an, die gegen die geltenden Infektionsschutzmaßnah- men und gegen eine vermeintlich un- gerechtfertigte Einschränkung von Grundrechten demonstrieren. Wei- ter führte die Bundesregierung aus, dass sich die große Mehrheit der Teil- nehmer an den Demonstrationen im Zusammenhang mit den staatlichen Corona-Beschränkungen aus einem überaus heterogenen, teils regie- rungskritischen bis systemablehnen- den Milieu zusammensetzen. Bei ei- nem Teil von Versammlungen habe sich aktuell eine Mischung aus Ver-

schwörungstheoretikern, Impfgeg- nern bis hin zu bislang unpolitischen Personen etabliert.³

Zu den Teilnehmern der Corona- Kundgebungen am letzten Augustwo- chenende 2020 in Berlin führt das Bun- desamt für Verfassungsschutz aus, dass die Teilnehmer „aus unterschied- lichen politischen und subkulturellen, jedoch in der überwiegenden Mehr- zahl aus nicht extremistischen Mili- eus, sodass eine äußerst heterogene Mischung der Demonstrationsteilneh- mer vorlag“ kamen.⁴ Allerdings sei es den extremistischen „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ gelungen, sich bei den Corona-Veranstaltungen in Berlin durch Fahnen und Transparen- te zu inszenieren und medienwirksam zu positionieren.

Im Rahmen dieser Corona-Groß- kundgebung mit dem Titel „Berlin invi- tes Europe – Fest für Freiheit und Frie- den“ versammelten sich nach Angaben der deutschen Sicherheitsbehörden bis zu 40 000 Personen in Berlin-Mitte. Nach der Versammlung einer „Reichs- bürger“-Gruppierung auf der Wiese am Reichstag stießen mehrere Hundert Versammlungsteilnehmer die im Be- reich der Reichstagswiese aufgestell- ten Absperrgitter um, liefen zu den Treppenaufgängen des Reichstages und besetzten diese kurzzeitig. Dabei schwenkten Teilnehmer schwarz-weiß- rote Fahnen (offizielle Nationalflagge

¹ Bundesamt für Verfassungsschutz 2020a.

² Ebd.

³ Deutscher Bundestag 2020, S. 6.

⁴ Bundesamt für Verfassungsschutz 2020b.

des Deutschen Reiches). Zeitweilig befanden sich bis zu 400 Personen auf der Außentreppe des Reichstages. Bei dieser Aktion kam es zu verbalen Anfeindungen gegen Polizeibeamte und zu körperlichen Übergriffen. Dieser medial als „Sturm auf den Reichstag“⁵ titulierte Aktion war nach Angaben der deutschen Sicherheitsbehörden ein Redebeitrag einer Frau auf der Bühne einer „Reichsbürger“-Gruppierung vorausgegangen, der das Ereignis offenbar herbeiführte.⁶

Laut Polizeimeldung vom 30.8.2020 wurden im Rahmen dieser Aktionen 33 Polizeibeamte verletzt, 316 Personen festgenommen sowie 131 Strafanzeigen gestellt, unter anderem wegen Beleidigung, tätlichem Angriff auf Polizeibeamte, Gefangenenbefreiung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie Körperverletzung. Insgesamt wurden ebenso 255 Anzeigen wegen Ordnungswidrigkeitsverstößen aufgenommen.⁷

Im Vorfeld der für den 29.8.2020 angekündigten Kundgebungen hatten sowohl „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Gruppierungen als auch mehrere rechtsextremistische Organisationen, Parteien und Einzelpersonen für die Demonstration in Berlin geworben und zur Teilnahme aufgerufen. Die deutschen Verfassungsschutzbehörden analysieren, dass unter anderem Mitglieder der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), einzelne Mitglieder der Partei „DIE RECHTE“ und „Der III. Weg“, Angehörige aus dem Spektrum der Neuen Rechten sowie der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ anwesend waren.⁸ Nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden berichteten zahlreiche Gruppen und Personen der rechtsextremistischen Szene auf eigenen Websites und vor allem in den sozialen Netzwerken über die Corona-Protteste Ende August 2020 in Berlin. Zum Beispiel kommentierte die rechtsextremistische Partei „DIE RECHTE“, sie sei „sehr interessant gewesen“, „sowohl von der Zusammensetzung her als auch von der Masse an Menschen, die den Weg nach Berlin gefunden“ hätten. Man solle diesen Weg weiter gehen, das zeige „alleine schon die Berichterstattung und die Betroffenheit der Politiker der Altparteien“. Die Bilder der 400 Personen auf der Außentreppe des Reichstages mit schwarz-weiß-roten Flaggen wurden von der rechtsextremistischen Partei „Der III. Weg“ nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz als „Zeichen ei-

ner Zeitenwende“ gewertet: „*Stell dir 29. August also für das deutsche Volk einen Tag dar, der in die Geschichte ein- geht, so ist er für das nationale Lager ein besonderer Meilenstein.*“⁹ Ende des Sommers 2020 stellten die deutschen Sicherheitsbehörden fest, dass Rechtsextremisten sowie „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ „weiterhin großes Potenzial darin sehen, demokratisch basierte Proteste gegen die staatlichen Beschränkungsmaßnahmen bezüglich der Corona-Pandemie für ihre Zwecke zu instrumentalisieren“.¹⁰ Daher sei anzunehmen, „*dass Extremisten auch in Zukunft für Demonstrationen, die von nicht extremistischen Organisatoren ausgehen und eine große Öffentlichkeitswirkung entfalten, sowie für eigene Kundgebungen mit dem Themenschwerpunkt Corona mobilisieren werden*“. Neben dem Ziel, öffentlichkeitswirksame Bilder zu erzeugen, erhoffen sich Extremisten unter anderem auch, auf den Demonstrationen neue Mitglieder und Anhänger gewinnen zu können.¹¹

„Corona-Proteste“ und die Strategien von Extremisten – Analyse der Sicherheitsbehörden

Seit dem Herbst 2020 warnen die deutschen Verfassungsschutzbehörden davor, dass im Zuge der „Corona-Protteste“ in Deutschland eine neue Form von Extremismus entstehen könnte. Im Juni 2020 hatte der Bundesminister des Innern sowie die Innenminister der Bundesländer das Bundesamt für Verfassungsschutz beauftragt, die Corona-Demonstrationen zu analysieren und zu klären, ob von den Corona-Protesten eine Gefahr für die Innere Sicherheit Deutschlands ausgehe. Als Antwort stellten die Verfassungsschutzbehörden ein „heterogenes Protestfeld“ fest, bei dem sich nicht extremistische und extremistische Akteure vermischten.¹² So grenzten sich nach Auffassung der deutschen Verfassungsschutzbehörden viele Demonstrierende nicht mehr von Rechtsradikalen, Rechtsextremisten, „Reichsbürgern“ und Verschwörungsgläubigen ab. Demonstrierende aus der „bürgerlichen Mitte“, die teilweise Kinder mit zu den Demonstrationen bringen, bewerteten extremistische Aussagen als unproblematisch. Ein Teil der Protestbewegung gehe auf organisierte rechtsextremistische Strukturen zurück, die aktiv für die Corona-Demonstrationen rekrutieren.

Auch Anhänger der Verschwörungstheorie QAnon spielten hierbei eine Rolle. Das Bundesamt für Verfassungsschutz führt aus, dass ein „ausgeprägter Glaube an Verschwörungstheorien die Bereitschaft zu kriminellen Handlungen fördern“ könne, beispielsweise Verstärkung von Verschwörungsgläubigen Angriffe auf Regierungseinrichtungen als Akte der Selbstverteidigung.

Hier analysieren die deutschen Verfassungsschutzbehörden „inhaltliche Schnittmengen zwischen der klassischen rechtsextremistischen Szene und der Verschwörungsszene“. Beide Lager verbinde Elitenfeindlichkeit und Antisemitismus. Sie propagierten eine „neue Weltordnung“, hingem dem Mythos des „großen Austauschs“ an und schüren unbegründete Panik vor vermeintlichen „Zwangsimpfungen“.¹³

Bereits im Frühsommer 2020 wurde medial berichtet, dass „Querdenker“ als Teilnehmer an Corona-Demonstrationen nachgebildete Judensterne mit der Aufschrift „ungeimpft“ trugen. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, sagte dazu: „*Das ist absolut nicht hinnehmbar und sollte gegebenenfalls auch strafrechtlich verfolgt werden.*“¹⁴ Auf Corona-Demonstrationen von Querdenkern werde damit der „Holocaust relativiert, indem die Maskenpflicht mit dem Tragen des Judensterns im Nationalsozialismus verglichen“ werde. Weiter führte Klein aus: „*Mit Sorge beobachte ich auch die Zunahme der Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmymen im Netz.*“ Bayerische Behörden hatten im Frühsommer 2020 berichtet, dass bei Corona-Demonstrationen von Querdenkern vermehrt Schilder mit der Aufschrift „Ausgangsbeschränkungen sind sozialer Holocaust“ gezeigt wurden.¹⁵

Corona, Verschwörungstheorien und potenzielle Bezüge zu Extremisten

In dem Papier „Gefahren- und Risikopotenzial insbesondere durch Extremisten und fremde Dienste“, das

⁵ DW 2020a.

⁶ Bundesamt für Verfassungsschutz 2020b.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Ebd.

¹² Zeit 2020.

¹³ Ebd.

¹⁴ ZDF 2020.

¹⁵ Ebd.

nach der Herbsttagung der Innenministerkonferenz (IMK) im Dezember 2020 medial besprochen wurde, warnte das Bundesamt für Verfassungsschutz vor negativen Folgen im kommenden Superwahljahr 2021. *„Durch ständige Verächtlichmachung der Regierung und der Repräsentanten des Staates könnte dies, insbesondere im Hinblick auf die Bundestagswahl im nächsten Jahr, zu einem Vertrauensverlust führen“*. Es zeichne sich *„eine höchst dynamische Situation ab, deren Verlauf im Ergebnis nur schwer prognostizierbar ist“*.¹⁶ Ein Analyseschwerpunkt dieses Sonderlagebildes ist die QAnon-Bewegung. Die in den USA entstandene Vereinigung von Verschwörungstheoretikern findet auch in Deutschland Anhänger. Das Kernelement dieser Verschwörungstheorie ist die Behauptung, „ein im Verborgenen agierender, internationaler Ring von Pädophilen aus Geheimdiensten, Politik und Wirtschaft ermorde in unterirdischen Lagern Kinder, um aus ihrem Blut die lebensverjüngende Substanz Adrenochrom zu gewinnen. Die Verschwörungstheoretiker steigern sich in den Wahn hinein, ein „deep state“ (tiefer Staat) sei zugange. Bei Corona-„Protesten“ in Berlin und anderen Städten trugen QAnon-Anhänger demonstrativ Kleidungsstücke mit einem „Q“ und die Verfassungsschutzbehörden führen aus, dass sowohl „Rechtsextremisten als auch eine Reihe von Reichsbürgern der QAnon-Theorie anhängen“.¹⁷ Ein Anknüpfungspunkt für Rechtsextremisten biete die Behauptung der QAnon-Bewegung, die handelnden Eliten des „tiefen Staates“ seien „Linke jüdischen Glaubens oder von Juden gesteuert“. Daher sehen die Verfassungsschutzbehörden die Gefahr, dass antisemitische und/oder gegen Politiker gerichtete Gewalttaten *„mit der Behauptung einer Bedrohung durch den ‚tiefen Staat‘ legitimiert würden“*.¹⁸

Die Bundesregierung erklärte in Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag, dass Veranlasser und Verbreiter von Verschwörungsideologien mit Bezug auf die Corona-Krise sowohl *„Akteure aus den Bereichen der Reichsbürger und Selbstverwalter als auch Personen und Organisationen aus dem rechtsextremistischen Spektrum“* seien und dazu auch *„rechtsextremistische Parteien“* gehören.¹⁹ Weiter führt die Bundesregierung aus, dass sowohl Reichsbürger und Selbstverwalter als auch Rechtspo-

pulisten und Rechtsextremisten Verschwörungsmaythen verbreiten, die antisemitische, fremdenfeindliche und rassistische Ideologieelemente aufweisen. Diese Themen werden mit anderen Themen, wie z. B. dem vermehrten Zuzug von Flüchtlingen vor einigen Jahren, Kritik am Regierungshandeln insbesondere in der jetzigen Corona-Krise vermischt. So wird unter anderem ein sofortiger Einreisestopp für Asylsuchende gefordert, weil „Migranten, Asylsuchende und Flüchtlinge“ noch mehr Krankheiten mitbrächten. Neben dieser fremdenfeindlichen Abwertung finden sich in Beiträgen mit verschwörungstheoretischen Inhalten im Zusammenhang mit COVID-19 Behauptungen, eine „jüdische Elite“ habe die Pandemie bewusst hervorgerufen. Weitere verschwörungstheoretische Aussagen gehen davon aus, dass das Coronavirus künstlich – als biologische Waffe – erschaffen worden sei.²⁰

Explizit weist die Bundesregierung daraufhin, dass Grundlage vieler Verschwörungsideologien antisemitische Denkmuster seien, sodass vor allem Juden gefährdet seien, durch Verschwörungsideologien verstärkt Ausgrenzung und Diskriminierung zu erfahren. Zudem seien auch Mitarbeiter staatlicher Institutionen gefährdet, da sie als Teil der empfundenen Verschwörung wahrgenommen werden.²¹

Bei „QAnon“ bzw. „Q“ handelt es sich nach Angaben der Bundesregierung um eine Verschwörungsideologie, die in den USA entstanden ist. Anknüpfungspunkte für rechtsextremistische Ideologieelemente böte die zuweilen mit der „QAnon“-Ideologie verbundene Behauptung, die handelnden Eliten des „Deep State“ seien „Linke“ jüdischen Glaubens oder von Juden gesteuert. Die Adrenochrom-These, der zufolge Kinder entführt, in unterirdischen Lagern gefoltert und ermordet würden, um das Lebenselixier „Adrenochrom“ aus ihnen zu gewinnen, übernimmt nach Auffassung des Bundestages mit dieser Kindermordbehauptung Elemente des mittelalterlichen religiösen Antisemitismus („Christenblut“ als Heilmittel).²² In Verbindung mit „QAnon“ würden verschiedenste Verschwörungsideologien verbreitet, die aber in der Regel nicht strafbar sind. Die Verbindung der „QAnon-Bewegung“ zur Corona-Krise sieht die Bundesregierung darin, dass innerhalb der „QAnon-Bewegung“ verbreitet sei,

dass das Virus „dunklen Mächten genutzt“ werde, um die „Wirtschaft zu zerstören und/oder die weltweite Bevölkerungskontrolle“ umzusetzen. So sei es nach Angaben der Bundesregierung nicht auszuschließen, dass diese Offenheit dazu führt, dass rechtsextremistische Inhalte, beispielsweise Volksverhetzung oder Holocaustleugnungen, innerhalb der „QAnon“-Bewegung veröffentlicht werden. Der Bundesregierung lägen Hinweise vor, dass sowohl Rechtsextremisten als auch eine Reihe von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ der „QAnon“-Theorie folgen.²³

Die „Querdenken 711“-Bewegung und die Analyse der Verfassungsschutzbehörden

Seit Anfang Dezember 2020 führt das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg die Organisationsstrukturen von „Querdenken 711“ und seiner regionalen Ableger im Land Baden-Württemberg als Beobachtungsobjekt. *„Es liegen hinreichend gewichtige Anhaltspunkte für eine extremistische Bestrebung vor“*, teilten Innenminister Thomas Strobl und die Präsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Beate Bube, mit.²⁴ *„Die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit sind fundamentale Grundrechte, sie sind lebensnotwendig für das Funktionieren unserer Demokratie. Aber es ist eine Grenze überschritten, wenn extremistische Bestrebungen die grundgesetzlichen Freiheiten missbrauchen, um damit ihren extremistischen und verschwörungsideologischen narrativen Vorschub zu leisten“*. Der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg hatte bereits zwei hellwache Augen auf die Querdenken-Gruppierung, und er hat nun – sobald die Voraussetzungen für eine Beobachtung vorlagen – schnell und entschlossen gehandelt. *„Die fortgeschrittene Radikalisierung der ‚Querdenken‘-Gruppierung im Land macht eine Beobachtung ihrer Organisationsebene durch unseren Ver-*

¹⁶ Tagesspiegel 2020.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Deutscher Bundestag 2020, S. 3.

²⁰ Ebd., S. 4.

²¹ Ebd.

²² Ebd., S. 16.

²³ Ebd.

²⁴ Staatsministerium Baden-Württemberg 2020.

fassungsschutz unabdingbar“, sagte Innenminister Thomas Strobl Anfang Dezember 2020.²⁵ Beate Bube sieht mit Blick auf die Organisatoren sowie das Netzwerk in Baden-Württemberg sowohl personelle als auch ideologische Überschneidungen zu bereits bekannten Extremisten aus dem Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sowie aus dem Rechtsextremismus. „Gezielt werden extremistische, verschwörungsideologische und antisemitische Inhalte mit einer legitimen Kritik an den staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie vermischt“, erklärte Präsidentin Bube. Mehrere maßgebliche Akteure der „Querdenken“-Bewegung ordnet sie dem Milieu der extremistischen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ zu, die die Existenz der Bundesrepublik leugnen und demokratische und rechtsstaatliche Strukturen negieren. Hinzu kommt die bewusste, überregionale Zusammenarbeit mit anderen bekannten extremistischen Akteuren aus dem Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sowie aus dem Rechtsextremismus, die sich in jüngerer Zeit weiter verfestigt hat. Diese Erkenntnisse des Verfassungsschutzes stehen in deutlichem Widerspruch zu offiziellen Verlautbarungen von „Querdenken 711“, sich von „Extremismus jeglicher Art“ zu distanzieren.²⁶

Der Innenminister von Baden-Württemberg führte weiter aus, dass der „legitime Protest gegen staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie“ zusehends einer „grundsätzlichen Staats- und Politikfeindlichkeit in bedenklichem Ausmaß weicht“. Dazu nutzten Anhänger der „Querdenker“ immer wieder in „abwegigen Vergleichen staatlicher Maßnahmen mit der Diktatur des Nationalsozialismus, der immer wieder in einer Verharmlosung des Holocaust gipfelt“. „Dabei sind verstärkt auch Anleihen an die ursprünglich aus den USA stammende antisemitische und staatsfeindliche Verschwörungsideologie „QAnon“ festzustellen. Das betrifft sowohl die Präsenz von wahrnehmbaren „QAnon“-Codes bei Versammlungen als auch Äußerungen des „Querdenken“-Führungspersonals. Extremistische Verschwörungsmethoden können der Nährboden für Gewalthandlungen sein – etwa, wenn zum Widerstand gegen vermeintliches Unrecht aufgerufen wird. Das halten wir für hoch gefährlich“, betonte die Präsidentin des Landesamtes für Verfassungsschutz.²⁷

Abschließend stellte Thomas Strobl fest, dass „die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ‚Querdenken‘-Demonstrationen keine Extremisten“ seien und sich die nachrichtendienstlichen Maßnahmen des baden-württembergischen Verfassungsschutzes „ausschließlich gegen die Organisationsstrukturen von ‚Querdenken 711‘ und ihrer regionalen Ableger sowie gegen Extremisten im Umfeld der Gruppierung und ihrer Versammlungen – nicht gegen die größtenteils nicht extremistischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Corona-Protestgeschehen“ richten.²⁸

Derzeit prüft auch das Bundesamt für Verfassungsschutz, die „Querdenken“-Bewegung als extremistische Bestrebung zu beobachten.²⁹

Der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz macht im Umfeld der „Querdenken“-Bewegung besonders schnelle Radikalisierungstendenzen aus. Die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden seien deshalb in großer Sorge. „Denn unorganisierte Einzeltäter sind für Polizei und Verfassungsschutz extrem schwer feststellbar“, sagte der Innenminister von Rheinland-Pfalz. „Die extrem denkenden Ränder tun sich im Moment zusammen.“ Es handele sich um „eine ganz bunte, aber für die Gesellschaft gefährliche Mischung.“³⁰ Die „Querdenken“-Bewegung demonstriere regelmäßig gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen. Landesinnenminister Lewentz zeigte sich Ende November 2020 besorgt über die wachsende Beteiligung von Extremisten an den Protesten und die steigende Gewaltbereitschaft von Teilen der Corona-Demonstranten. „Die Versuche insbesondere von rechtsextremistischer Seite und aus der sogenannten Reichsbürgerszene, Einfluss auf die Proteste im Bundesgebiet zu nehmen, haben ebenso spürbar zugenommen wie die Aggressivität“, stellte Lewentz fest. Rechtsextremisten hätten sich bei den Protesten zudem medienwirksam in Szene setzen können. Nicht zuletzt deshalb erforderten Gruppierungen wie „Querdenken“ die verstärkte Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden. Lewentz beklagte überdies, dass Menschen bei Polizeieinsätzen ohne Kenntnis der Hintergründe immer häufiger Partei gegen die Polizeibeamten und für diejenigen ergriffen, die festgenommen oder fixiert würden. Diese Gruppen verhielten sich aggressiv gegenüber Polizisten.³¹

Fazit

Die Bundesregierung erklärte im Juli 2020, dass die Corona-Kundgebungen, „Spaziergänge“ und Versammlungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie in der großen Mehrzahl von nicht extremistischen Akteuren organisiert und frequentiert würden. Allerdings stellten die deutschen Verfassungsschutzbehörden kurze Zeit später fest, dass mehrere rechtsextremistische Protagonisten dazu aufgerufen hatten, sich an den Demonstrationen gegen die Beschränkungsmaßnahmen organisationsübergreifend zu beteiligen und bei Kundgebungen außerhalb des rechtsextremistischen Spektrums Präsenz in der Öffentlichkeit zu zeigen. In Bezug auf die „Corona-Proteste“ am letzten Augustwochenende 2020 in Berlin und dem medial als „Sturm auf den Reichstag“ bezeichneten Vorfall spricht das Bundesamt für Verfassungsschutz davon, dass es (extremistischen) „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ gelungen sei, sich bei den Corona-Veranstaltungen in Berlin durch Fahnen und Transparente zu inszenieren und medienwirksam zu positionieren. Die Bilder der 400 Personen auf der Außentreppe des Reichstages mit schwarz-weiß-roten Flaggen wurden von der rechtsextremistischen Partei „Der III. Weg“ nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz als „Zeichen einer Zeitenwende“, als „besonderer Meilenstein“.

Seit dem Herbst 2020 warnen die deutschen Verfassungsschutzbehörden davor, dass im Zuge der „Corona-Proteste“ in Deutschland eine neue Form von Extremismus entstehen könnte. Ein Teil der Protestbewegung geht nach Einschätzung der deutschen Sicherheitsbehörden auf organisierte rechtsextremistische Strukturen zurück, die aktiv für die Corona-Demonstrationen rekrutieren. Auch Anhänger der Verschwörungstheorie QAnon spielten hierbei eine Rolle. Das Bundesamt für Verfassungsschutz führt aus, dass ein „ausgeprägter Glaube an Verschwörungstheorien die Bereitschaft zu kri-

²⁵ Ebd.

²⁶ Ebd.

²⁷ Ebd.

²⁸ Ebd.

²⁹ DW 2020b.

³⁰ SWR 2020.

³¹ SWR 2020; Goertz 2021.

minellen Handlungen fördern“ könne. Ein Anknüpfungspunkt für Rechts-extremisten biete die Behauptung der QAnon-Bewegung, die handelnden Eliten des „tiefen Staates“ seien „Linke, jüdischen Glaubens oder von Juden gesteuert“. Daher sehen die Verfassungsschutzbehörden die Gefahr, dass antisemitische und/oder gegen Politiker gerichtete Gewalttaten „mit der Behauptung einer Bedrohung durch den ‚tiefen Staat‘ legitimiert würden“.

Seit Anfang Dezember 2020 führt das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg die Organisationsstrukturen von „Querdenken 711“ und seiner regionalen Ableger im Land Baden-Württemberg als Beobachtungsobjekt. Es lägen hinreichend gewichtige Anhaltspunkte für eine extremistische Bestrebung vor, und es seien bei „Querdenken 711“ sowohl personelle als auch ideologische Überschneidungen zu bereits bekannten Extremisten aus dem Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sowie aus dem Rechtsextremismus festzustellen. Dabei würden gezielt extremistische, verschwörungsideologische und antisemitische Inhalte

mit einer legitimen Kritik an den staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie vermischt.

Die Beobachtung der Entwicklung der „Corona-Protteste“ im Jahr 2021, wenn sie in der Corona-Lage wieder möglich sind, vor allem die Analyse der Einflussnahme durch Extremisten, bleibt eine sehr wichtige Aufgabe der deutschen Sicherheitsbehörden, aber auch eine intensive mediale Berichterstattung wird hierbei von großer Bedeutung sein.

Dr. Stefan Goertz ist Professor für Sicherheitspolitik mit dem Schwerpunkt Extremismus- und Terrorismusforschung an der Hochschule des Bundes am Fachbereich Bundespolizei.

Kontakt: stefan.goertz@polizei.bund.de

Literaturverzeichnis

Bundesamt für Verfassungsschutz (2020a): Extremistische und hybride Einflussnahme auf das Demonstrationsgeschehen im Zuge der Corona-Pandemie. BfV-Newsletter Nr. 1 + 2/2020 – Thema 1.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2020b): Beteiligung von Rechtsextremisten und „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ an Kundgebungen gegen staatliche Corona-Maßnahmen in Berlin, 29.8.2020, Online: <https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/schlaglicht/schlaglicht-2020-02-protestgeschehen> (18. Februar 2021).

Deutscher Bundestag (2020): Drucksache 19/21139 – 19. Wahlperiode 17.7.2020. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Irene Mihalic, Dr. Konstantin von Notz, Monika Lazar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 19/19785 – Verschwörungsideologische Kampagnen, Veranstaltungen

und Gruppierungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise, Online: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/211/1921139.pdf> (23. Februar 2021).

DW (2020a): Corona-Protteste. Kommentar: Streit um den „Sturm“ auf den Reichstag, 7.9.2020, Online: <https://www.dw.com/de/kommentar-streit-um-den-sturm-auf-den-reichstag/a-54846037> (21. Februar 2021).

DW (2020b): Verfassungsschutz beobachtet „Querdenker“, 9.12.2020, Online: <https://www.dw.com/de/verfassungsschutz-beobachtet-querdenker/a-55881367> (24. Februar 2021).

Goertz, Stefan (2021): Die Gefahr einer „Corona-RAF“? Eine aktuelle Analyse der Corona-Querfront, Online: <https://www.veko-online.de/terrorismus/die-gefahr-einer-corona-raf-eine-aktuelle-analyse-der-corona-querfront.html> (25. Februar 2021).

Staatsministerium Baden-Württemberg (2020): Verfassungsschutz: „Querdenken 711“ wird beobachtet, 9.12.2020, Online: <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/querdenken-711-wird-beobachtet-1/> (24. Februar 2020).

SWR (2020): Behörden alarmiert. Lewentz sieht in „Querdenken“ gefährliche Mischung, 25.11.2020, Online: <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/lewentz-zu-querdenkern-100.html> (24. Februar 2021).

Tagesspiegel (2020): „Eine höchst dynamische Situation“. Verfassungsschutz befürchtet Folgen durch Verschwörungstheoretiker für Superwahljahr 2021, 10.12.2020, Online: <https://www.tagesspiegel.de/politik/eine-hoechst-dynamische-situation-verfassungsschutz-befuerchtet-folgen-durch-verswoerungstheoretiker-fuer-superwahljahr-2021/26707722.html> (22. Februar 2021).

ZDF (2020): Auf Corona-Demos: Klein verurteilt Judenstern-Kopien, 21.5.2020, Online: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-demos-klein-judenstern-kopien-100.html> (24. Februar 2021).

Zeit (2020): Corona-Protteste: Verfassungsschutz warnt vor neuer Form des Extremismus, 28.11.2020, Online: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-11/corona-proteste-extremismus-rechtsextremismus-verschwörungstheorien> (23. Februar 2021).